

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Er scheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Dofina u. Dofowlung: Drag II, Refikants 18 • Zefeph: 20793, 31469, Nachdruck: (ad 21 1111) 33555 • Dofifbedam: 37346

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13 Jahrgang.

Samstag, 14. Jänner 1933

Nr. 12.

Malypetr's nächste Ziele. Zinsfuß- und Preissenkung / Arbeitsbeschaffung.

Prag, 13. Jänner. Der Chef der Regierung hat zum erstenmal seit der Regierungserklärung gestern vor einem parlamentarischen Forum, dem Budgetausschuß, wieder das Wort ergriffen, um zu den zahlreichen Anfragen über das nächste Arbeitsprogramm der Regierung Stellung zu nehmen.

Im ersten Teil seiner Rede befaßte er sich ausführlich mit den allgemeinen Krisenursachen, zu denen er namentlich die Störung des Vorkriegsgleichgewichtes zwischen dem Preisniveau der Landwirtschaft und der Industrie rechnet. Er legt großes Gewicht darauf, das Preisniveau durch Herabsetzung der offensichtlich überhöhten Preise gewisser Produkte auszugleichen, was Anlaß zu einer Reubelegung des Inlandsmarktes geben soll. Einen näheren Einblick in die Absichten der Regierung gibt die heute an anderer Stelle veröffentlichte Uebersicht des Justizministeriums über die ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zur Preiskontrolle.

Konkret kündete der Ministerpräsident außer der Beschleunigung des Kartellgesetzes weiters die Zinsfußsenkung — sei es in Eigenregie der Spargenossenschaft unseres Geldwesens oder durch Eingreifen der Regierung auf Grund der Ermächtigung des Bankengesetzes — an.

Sehr begrüßenswert ist ferner die Ankündigung großer Investitionsarbeiten unter Hinzuziehung der Selbstverwaltung, die die nötigen Mittel hierzu durch einen eigenen Investitionszuschlag zu den Abgaben sowie durch einen Anteil an dem Ertrag einer Investitionsanleihe erhalten soll. Leider entbehren die diesbezüglichen Mitteilungen der wünschenswertesten Konkretisierung; außerdem ist die Anleihe noch an gewisse Voraussetzungen auf dem Geldmarkt geknüpft, die sich mit der Wiederkehr des Vertrauens im Gefolge der energischen Budgetsparsmaßnahmen der Regierung erst einstellen lassen.

In seiner anderthalbstündigen Rede führte Malypetr u. a. aus:

Im Anschluß an die feierliche Regierungserklärung hob Malypetr neuerdings hervor, wie unumgänglich notwendig für die Wirtschaft des Staates das Privatrecht unter dem Grundgesetz sei, daß man nur so viel abgeben darf, als eingebracht wird, wenn es nicht zu ernstlichen Konsequenzen und schließlich zum völligen wirtschaftlichen Verfall kommen soll.

Das Budget für 1933 verbürge eine geordnete Finanzwirtschaft und gewähre die absolute Sicherheit, daß der Staat zur Bedeckung seiner Ausgaben nicht zu irgendwelchen außerordentlichen Maßnahmen werden greifen müssen. Durch dieses Budget wird nach innen wie nach außen dargestellt, daß unsere wirtschaftliche Situation sich ist, daß unsere Demokratie und sich weisern läßt, daß unsere Demokratie imstande ist, der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden und daß sie keine Experimente zulassen will.

Die Rückkehr des Vertrauens in die Zukunft sei eine der grundlegenden Möglichkeiten, die schweren Zeiten schneller zu überwinden. Malypetr plädiert warm für einen gewissen Optimismus, der noch immer zu einem besseren Ausgang geführt habe, als hoffnungslose Verzweiflung.

Die Klagen über die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse betreffen vor allem zwei Bevölkerungsklassen: die Arbeiter und die Landwirtschaft, obwohl auch die übrigen Schichten darunter sind. Die Regierungserklärung hat darauf hingewiesen, daß die Störung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zeitigen wirtschaftlichen Beziehungen ist. In eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise ist die Vorkriegszeit waren die gegenseitigen Einkommenverhältnisse der einzelnen Bevölkerungsschichten durch zahlreiche Hindernisse konsolidiert; wenn nun eine Gruppe (offenbar die Landwirtschaft) unter Berufung auf die Wirtschaftskrise gegen die anderen Gruppen, nach Abhilfe rufe, so dürfe man das nicht als einseitige aggressive Wirtschaftspolitik ansehen.

Der Meistpunkt der Krise überschritten?

Die allgemeine Not wurde ins Kenntnis gesetzt, aber verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise doch schon ihren tiefsten Punkt überschritten hat.

Der einzig gangbare Ausweg aus der Krise sei das Bestreben, die Disparität zwischen den Einkommensgrundlagen der einzelnen Bevölkerungsschichten zu beseitigen.

Ausgleichung des Preisniveaus?

Man könne aber keine Gesundung des Wirtschaftslebens erwarten, wenn auf der einen Seite ein solches

Verhältnis in den Wirtschaftsziffern bestehe wie eben jetzt. Daher hat die Regierung in ihrer Programmklärung verkündet, daß es ihr Bestreben sein wird, dieses Verhältnis zu mildern, und

daß sie eine Preispolitik treiben wird, die heute wirkungsvoll nur darauf abzielen kann, das, was hoch über dem angemessenen Preisniveau steht, herabzusetzen und zu besetzen.

Die Regierung wird sich bemühen, die Verhandlungen über das Kartellgesetz zu beschleunigen; ferner werden innerhalb der Regierung die Grundlagen für die Preisbildung der einzelnen Lebensbedarfsartikel studiert; sehr sorgfältig wird die Preisentwicklung in der Produktion, im Großhandel und im Einzelhandel verfolgt. Die Regierung wird Gelegenheit haben, auf administrativem oder gesetzlichem Weg ihr Bestreben zum Ausdruck zu bringen, diesen Ungleichheiten ein Ende zu bereiten.

Die Zinsfußregelung.

Die Regierung ist sich der Pflicht bewußt, eine grundlegende Herabsetzung des Zinsfußes zu erzielen, sei es auf eine solche Weise, daß unser Wirtschaftsleben und die Wirtschaftsinteressen einzelner Bevölkerungsschichten nicht geschädigt; und die Lust zur Arbeit und das Vertrauen in die Zukunft nicht untergraben werde.

Entweder freiwillig ...

Daher ist es das Bestreben der Regierung, der Organen unseres Geldwesens die Möglichkeit zu bieten, im eigenen Wirkungsbereich, freiwillig mit gehörigem Nachdruck, der mit gewissen Sanktionen zur Durchsetzung der Beschlüsse verknüpft ist, selbst eine grundlegende Herabsetzung des Zinsfußes der Einlagen bei der Zinsfuß-Spannung durchzuführen, wobei man weiters mit der ausgiebigen Mitarbeit der Nationalbank rechnen muß.

Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Nationalbank u. a. auch darnach trachte, außer Wirtschaftslebens vor allem durch eine Ermöglichung der Bankrate zu helfen. Malypetr hofft, daß er in kürzester Frist der Nationalversammlung die ersprechenden Gesetzesentwürfe vorgehen lassen können.

Die Woll-Presse:

„Mißbrauch des Wohlwollens“ hält Malypetr für möglich, verspricht aber Abhilfe.

Zur Frage der Subventionierung des bekannten Woll-Verlages in Saaz, der dadurch in der Lage ist, der übrigen deutschen Presse gegenüber eine ungleiche Konkurrenz zu betreiben, erklärte der Ministerpräsident in seiner Rede im Budgetausschuß, er könne in dieser Angelegenheit vorläufig nicht mehr sagen, als das, was schon gesagt wurde, daß der Verlag keine Unterstützung aus Staatsmitteln erhalte, aber trotzdem werde er diese Angelegenheit neuvindig zum Gegenstand einer Untersuchung machen, um sich zu überzeugen, inwieweit hier ein Wohlwollen seitens der Staatsverwaltung mißbraucht werden könnte; auch schon aus dem Grunde, weil er es persönlich nicht als ein wirksames Mittel in der Demokratie ansehe, wenn immer zu kaufen, dabei auch nicht die öffentliche Meinung. Entweder ist die Demokratie ehrlich und gerecht und dann kann ihr nichts geschahen, wenn sie es aber nicht ist, dann wird kein Geld sie retten! (Abg. Kallina ruft: „Bravo!“)

Roggenkonstriktion?

Auf die Anfrage des Abg. Adamek hinsichtlich der angeblichen Aufnahme der Roggenexportzölle erklärte Malypetr, er habe über Wunsch des kranken Landwirtschaftsministers in der letzten Sitzung der Wirtschaftskommission auf den starken

... oder zwangsweise!

Er erinnert daran, daß dabei immer noch die Möglichkeit bleibt, daß für den Fall, daß durch autonomen Beschluß der Finanzwelt eine befriedigende Lösung dieser Frage nicht zustande kommt, die Regierung selbst auf Grundlage des Bankengesetzes autoritativ und mit aller Konsequenz den Zinsfuß regelt.

Die Einzelnen werden sicher anerkennen, daß die Herabsetzung des Zinsfußes wirtschaftlich nicht schädigt, weil das Preisniveau aller Lebensbedürfnisse eine sinkende Tendenz hat, die wir behaupten müssen, wenn es überhaupt zu einer dauernden Gesundung des Wirtschaftslebens kommen soll.

Ein großes Investitionsprogramm.

Die Regierung hält die Fürsorge für die Arbeitslosen für eine der größten Sorgen und auch in der Regierungserklärung wurde gesagt, daß dieser Fürsorge besonders gewissenhafte und tatkräftige Aufmerksamkeit gewidmet werden muß und daß es notwendig sein wird, durch eventuelle Änderungen in der Durchführung dieser Fürsorge

vor allem dafür zu sorgen, daß Arbeit dort beschafft werde, wo sie vom privaten Unternehmer nicht beschafft werden kann, und daß aus öffentlichen Mitteln Investitionen durchgeführt werden, bei denen ein größerer Teil unserer Arbeitslosen eine angemessene Beschäftigung finden kann.

Es ist notwendig, daß wir uns über die Aufgaben klar sind, daß keine grundlegende Investitionsfähigkeit zu erwarten ist, wenn nicht gewisse Voraussetzungen, so das Vertrauen der Bevölkerung in die Festigkeit unseres Wirtschaftsorganismus, Kreditmaßnahmen und vor allem eine genügende Flexibilität des Geldmarktes, erfüllt sind.

Unter Bezeichnung der Selbstverwaltung.

Es wird auch nötig sein, daß die Selbstverwaltungsbünde sich an dieser Tätigkeit beteiligen können, was auf zweifache Art geschehen kann, einerseits durch entsprechende Beteiligung an der Investitionsanleihe, andererseits durch Bewilligung eigener Investitionszuschläge zu den Selbstverwaltungsabgaben,

freilich nur unter gewissen Kautelen und Modalitäten, damit nur dort investiert werde, wo es am nötigsten ist, und wo es wirtschaftlich notwendig und begründet ist. Investitionen, die nicht einen angemessenen Nutzen und Vorteil bringen, können heute nicht in Frage kommen.

Malypetr verdoelmerkte schließlich die Entschlossenheit der Koalition, Mittel zur Milderung der schweren Zeiten zu finden, und bittet das Parlament in dieser Richtung um Mitarbeit. Es genüge nicht, die Demokratie zu kritisieren, man müsse sie auch durchzuführen und die Verantwortung tragen, denn die Demokratie hat niemanden, den sie zur Überwindung der Schwierigkeiten gewinnen könnte.

Recht auf Betrug oder Konflikt um Oel.

Es hat sich der ungewöhnliche Fall ergeben, daß England beim Völkerbund gegen Persien eine Klage eingebracht hat. Das scheint ungewöhnlich und seltsam wenigstens auf den ersten Blick zu sein, denn früher pflegte ein Staat wie das Britische Reich mit der Regierung eines Landes, das wie Persien ein Objekt seiner imperialistischen Politik war, anders zu verfahren. Da wurde kein Völkerbund angerufen und die Sprache, die geführt wurde, war die der Ultimaten, der Gewehre und Kanonen. Freilich ist es nicht der heilige Respekt vor dem Völkerbund, der diesmal England veranlaßt, diesen Weg zu wählen, man wird noch sehen warum.

Die Ursache der Anrufung des Völkerbundes durch England liegt in einem zwischen diesem und Persien in letzter Zeit entstandenen Konflikt. Natürlich sind es kapitalistische Profitinteressen, um deren willen sie miteinander auf gesponnenen Fuß geraten sind. Es geht um das Recht der Ausbeutung der persischen Erdölquellen. Für die englischen Kapitalisten ebensowenig eine Kleinigkeit, wie für die neue aufstrebende persische Kapitalistenklasse. Vor dem Kriege haben die europäischen Großmächte in Persien nichts als eine Art Kolonialstaat, den zu beeinflussen und auszuplündern sie als ihr gutes Recht empfanden. In dem einen Teile „kontrollierte“ England, der zweite unterstand dem zaristischen Rußland und im dritten „kontrollierten“ sie gemeinsam. Diese „Kontrolle“ war für die Staaten, die als „Protektoren“ auftraten, recht einträglich und sie wurde ihnen erleichtert dadurch, daß die Nachhaber Persiens mehr oder weniger Kreaturen des englischen oder auch russischen Imperialismus waren, die für Bargeld bereitwillig Land, Volk und seine Interessen veräußerten. Diese Meinung zur Korruption bei den Herrschern Persiens machte sich England zu nütze, wobei es ein bißchen Gewalt zur Nachhilfe angewandte und so kam zwischen Persien und der Anglo-Persischen Delgesellschaft, deren Aktienmehrheit im Besitze der englischen Regierung ist, im Jahre 1901 ein Vertrag auf das Recht der Ausbeutung der Oelfelder Südpersiens zustande.

Persien ist ein armes Land, es könnte ein reiches sein. Der Großteil seiner zwölf Millionen Einwohner lebt in größter Armut. Sein riesiger Reichtum an Oel und anderen Bodenschätzen hat nur ein paar Großgrundbesitzern und vor allem ausländischen Kapitalisten phantastische Gewinne gebracht. Einige Ziffern mögen dies veranschaulichen. Der gesamte jährliche Staatsaufwand Persiens beträgt 960 Millionen Kronen, der Reingewinn der Anglo-Persischen Delgesellschaft aber beträgt alljährlich 1120 Millionen Kronen, was so viel bedeutet, als daß Persien, wenn es im Besitze seiner Oelfelder wäre, überhaupt keine Steuern einzuhoben bräuhete. Seit dem Kriegsende hat sich wie in anderen ganz und halbkolonialen Ländern manches geändert. Auch das persische Volk ist selbstbewußter geworden und empfindet die Ausbeutung seines Vaterlandes durch ein fremdes Land drückend und schmerzhaft, obwohl es ihm im Grunde genommen recht gleichgültig sein müßte, ob künftighin englische oder persische oder amerikanische Kapitalisten die Ausplünderer sein werden. Die Unzufriedenheit mit England wurde sehr durch den Umstand geschürt, daß dem englischen Vetrust der ihm auf Grund des Konzessionsvertrages zustehende Profit nicht genügt und er die persische Regierung außerdem noch gehörig zu pressen verstand. Von dem Reingewinn soll der Vetrust an Persien sechzehn Prozent bezahlen, gewiß eine armelige Summe, aber die Gefährlichkeit des Kapitalismus kennt bekanntlich keine Grenzen. Und so wurde der tatsäch-

Preisrückgang des Roggens an der Börse aufmerksam gemacht, der jetzt nur mehr das Maß der Vorkriegszeit koste; es sei die Annahme begründet, daß dieser Preisfall in beträchtlichem Maße durch die Spekulation hervorgerufen ist. Als Leiter des Ernährungsministeriums habe er daher die Aufhebung der Roggenkontrollen beantragt, und zwar schnell und ohne großen Apparat.

um endlich wahrheitsgemäß feststellen zu können, wie viel Roggen wirklich und wie viel nur auf dem Papier vorhanden ist, damit nach dem überflüssigen Abverkauf dieses „papierernen“ Roggens nicht im Frühjahr ein Mangel an tatsächlich vorhandenem Roggen eintreten könne. Die Konstriktion solle die Möglichkeit bieten, sich ein Bild über die wahren Verhältnisse zu machen.

Auch in dieser Angelegenheit werde der Staat eventuell zu angemessenen Vorkehrungen greifen müssen, daß der Roggen nicht zu Schandenpreisen ausverkauft und dann später wieder teuer gekauft werden müsse.

Er deutet an, daß der Staat diesen angekauften Roggen zur Naturalversorgung der Arbeitslosen, wenigstens zuerst mit einer zahllosen Familie, verwenden könnte.

Knappe Mehrheit

für den Streik in Handlota.

Prag, 13. Jänner. Heute ist die Frist abgelaufen, da die Arbeiterschaft der Handlotaer Gruben die Arbeit aufnehmen sollte. Bei der gestrigen Abstimmung jedoch sprach sich die Arbeiterschaft mit geringerer Majorität für den Streik aus und sie hat demzufolge heute die Arbeit nicht angetreten.

liche Reingewinn verkleinert und weit niedriger angegeben. Noch auf mannigfache andere Art betrog die Anglo-Persische Delgesellschaft die Betrier, deren Verträge, ihren Gewinnanteil zu erhöhen und andere, gerechtere Gewinnberechnungen einzuführen, scheiterten an der Rücksichtslosigkeit und Gefräßigkeit der englischen Kapitalisten sowie ihrer Regierung.

Die persische Regierung hat nun den Konzessionsvertrag mit der Anglo-Persischen Delgesellschaft gekündigt. Nach dreißig Jahren, obwohl der Vertrag auf sechzig Jahre abgeschlossen wurde und einseitig unkündbar ist. Juristisch mag England im Recht sein, moralisch ist es Persien, darum hat sich dieses geweigert, den Konflikt, den England zu seiner eigenen Sache zu machen sich beeilt, dem Saager Gerichtshof überweisen zu lassen, da dieser lediglich die juristischen Bedingungen zu überprüfen hätte. England hat also die Entscheidung des Völkerbundes angerufen. Wenn man will, kann man diese neue Methode als einen Fortschritt ansehen. Unmittelbar nach Kündigung des Vertrages ließ England im Persischen Golf einige seiner Kreuzer drohend auffahren und es schien, daß dem Disput über Recht oder Unrecht der Ausbeutung Persiens durch landfremden Kapitalismus durch das Zusammenschießen etlicher Dörfer und Städte bald ein Ende bereitet werden würde. Das unterließ, statt der Sprache der Kanonen zum Ruhme der Interessen des Kapitalismus erfolgte die Klage an den Völkerbund. War dies ein Gesinnungswandel? Mit nichten. Die persische Regierung war so schlau, sich nach einem Bundesgenossen umzusehen und sie beauftragte ihre Gesandtschaft in Washington, mit amerikanischen Petroleumgesellschaften wegen der Übernahme der südpersischen Oelkonzessionen zu verhandeln. Damit war eine andere Situation einetreten. England sah nicht mehr das hilflose Persien allein vor sich, sondern an seiner Seite auch die wahren Herren von Amerika, die amerikanischen Kapitalisten, und so wurde von dem in früheren Fällen angewendeten Verfahren Abstand genommen und dafür der Völkerbund angerufen.

Ein Interesse der europäischen Arbeiterklasse an dem Konflikt besteht nicht, denn was dabei herauskommen kann, ist, daß demnächst nicht mehr englische, sondern amerikanische oder auch persische Kapitalisten die Oelfelder Persiens zu ihrem Nutzen ausbeuten werden. Für den Völkerbund wird es allerdings eine harte Nut zu knaden geben, falls sich die amerikanische Regierung, wie angenommen werden kann, hinter den Vertragsabschluss ihrer Desimperialisten stellen sollte. Er wird dann ebenso verfahren, wie es ihm nachgerade schon zur liebgeordneten Gewohnheit geworden ist.

Bölliger Zusammenbruch der Glasindustrie im Teplicher Bezirk

Teplich-Schönan, 13. Jänner. Nach der Betriebsstilllegung der Firma Janold in Bistritz, wobei acht-hundert Arbeiter ihre Arbeitsplätze verloren, und nach der Entlassung einiger hundert Glasarbeiter durch die Firma Fischmann in Kleinagezd, hat nun auch die Karls-Hütte in Judmantel, die der Firma Stanina gehört, ihre Arbeiter, und zwar 150 Personen, entlassen und den Betrieb eingestellt. Die Firma erzeugt vor allem Wirtschaftsartikel und gibt als Ursache der Betriebsstilllegung Auftragsmangel an. Ebenso wird morgen die Firma Farben- und Tafelglaswerke in Judmantel ihre aus hundert Personen bestehende Belegschaft aus dem gleichen Grund vierzehntägig kündigung.

Es ist allerdings anzunehmen, daß der Auftragsmangel keineswegs so groß ist, daß es zur vollständigen Stilllegung der beiden Betriebe kommen müßte.

Man geht kaum fehl, wenn man hinter den Betriebsstilllegungen andere Ursachen und Absichten vermutet.

Wir werden uns mit den wahren Ursachen dieser Betriebsstilllegung noch beschäftigen.

Hat er das gesagt?

Was bei den deutschen Landbäulern möglich sein soll.

Die „Deutsche Presse“ berichtet über eine Sonderversammlung der konzessionierten Autobusführer, die am 12. Jänner in Prag tagte. In dieser Sonderversammlung hat auch der landbäulische Abgeordnete Heller gesprochen, der, nach der „Deutschen Presse“, wörtlich gesagt haben soll: „Ich schäme mich, einer Partei anzugehören, welche dieses Schandgesetz mit beschließen hat, einer Partei, wo der Mann nur zu freisen hat, was vorgeseht wird.“

Der Herr Abgeordnete Heller ist Mitbestitzer einer Autobusunternehmung und also in dieser Angelegenheit sehr stark Partei. Das macht seine Äußerung zwar einigermaßen wahrscheinlich, doch wundern sich alle, die sich trotz dem täglichen Anblicken der händelnden Bürgerpolitik noch den Verstand bewahrt haben, daß ein Angehöriger des Bundes der Landwirte seine Partei so qualifizieren kann, wie es Heller getan haben soll. Wer sich einer Partei schämt, deren Abgeordneter er ist, der müßte aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen — sofern ihm die Partei nicht zuvorkommt.

Darum darf man sehr gespannt sein, was die landbäulische Presse zum Fall Heller zu sagen haben wird.

Der Voranschlag des Landes Währen-Schlesien

von der Regierung genehmigt.

Brünn, 13. Jänner. In der gestrigen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesauschusses wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Regierung den Voranschlag des Landes Währen-Schlesien für das Jahr 1933 genehmigt hat. Gleichzeitig wurde die Genehmigung zur Erhebung der Landeszuschläge zu den direkten Steuern und zwar der Zuschlag zur Hauszinssteuer in der Höhe von 92 Prozent und der Zuschlag zu den übrigen direkten landesauschussfähigen Steuern in der Höhe von 100 Prozent erteilt. Weiters verhandelte der Landesauschuss 258 Gemeindevoranschläge, von denen vier zur neuerlichen Behandlung den Gemeinden zurückgestellt wurden.

Preiskontrolle.

Ein Entwurf des Justizministeriums.

Das Justizministerium teilt mit: Das Justizministerium hat dem interministeriellen Verfahren des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Staatsaufsicht über Preise der Bedarfsgegenstände vorgeführt. Durch dieses Gesetz soll die Wirksamkeit der bisherigen Bestimmungen über Kriegswucher (Gesetz Nr. 568/19, 129/21 und 80/24 sowie Verordnung 516/20) nur auf den Kriegsfall beschränkt werden. Der Regierung soll jedoch das Recht vorbehalten werden, die Wirksamkeit dieser Vorschriften auch außerhalb der Kriegszeit zu erklären, wenn dies mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse zur Erhöhung des Schutzes der Bevölkerung gegen den Wucher notwendig sein sollte. In diesem Falle wäre die Möglichkeit gegeben, die Wirksamkeit nur auf einzelne Bestimmungen und nur auf bestimmte Gebiete des Staates zu beschränken.

Zum Ersatz dafür, daß die Wucherergesgebung außer Kraft gesetzt werden soll, wird im Entwurf den politischen Behörden die Pflicht auferlegt, darüber zu wachen, daß Gegenstände des Bedarfs, d. i. Sachen, die zur Ernährung von Menschen oder Haustieren dienen, ferner bewegliche Sachen, die zur Bekleidung, Beleuchtung und Wohnung dienen sowie Rohstoffe, Halbfabrikate, Werkzeuge und Hilfsmittel, die zur Erzeugung dieser Sachen und zum Betrieb der Landwirtschaft und des Kleinergewerbes überhaupt bestimmt sind,

nicht zu übertriebenen Preisen

verkauft und allfälliger Mangel an Wohnungen nicht zu übertriebenen Mietzinsen ausgenützt wird.

Zur Erfüllung dieser Pflichten gewährt der Entwurf den Behörden Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten sowie Befugnisse zur unmittelbaren Einwirkung auf das Preisniveau. In dieser Beziehung soll den Behörden insbesondere die Möglichkeit gegeben werden,

Nichtpreise und Höchstpreise

festzustellen, Erzeugern und Händlern zu verbieten, daß sie über ein gewisses Maß Borräte sammeln und unter gewissen Bedingungen anzuordnen, daß sie Gegenstände des Bedarfs, die sie erzeugen oder mit denen sie handeln, in einem von der Behörde festzustellenden Ausmaß weiter produzieren oder vertreiben.

Den politischen Behörden gewährt der Entwurf Strafbefugnisse zur Erzwingung ihrer Anordnungen.

Die gerichtliche Strafbefugnis wird nur auf einige bedeutendere Handlungen beschränkt, wie bewusste Preisführung der Behörden, absichtliche Störung der Aufsicht und Wiederholung strafbarer Taten, die auf eine Erhöhung der Preise oder Aufrechterhaltung auf unangemessener Höhe abzielen.

Wann kommt die Unfallversicherung für die Land- und Forstarbeiter?

Unter diesem Titel veröffentlicht „Der Land- und Forstarbeiter“ (Saaz) einen Artikel, worin das Blatt eindringlich auf die Notwendigkeit der gesetzlichen Einführung der Unfallversicherung für die Land- und Forstarbeiter hinweist. Wie bekannt, fallen gegenwärtig nur jene Arbeitsunfälle unter die Bestimmungen des Unfallversicherungs-gesetzes, die von Arbeitern erlitten werden, welche ständig an Maschinen arbeiten, die durch mechanische oder tierische Kraft in Bewegung gesetzt werden. Das bedeutet praktisch, daß die meisten landwirtschaftlichen Ar-

beitsverrichtungen nicht unter das Gesetz fallen, die Fortarbeit ist gänzlich ausgeschlossen. So ist weder für diejenigen, die einen Unfall in der Landwirtschaft erleiden, noch für ihre Angehörigen gesorgt. Der Widerstand gegen die Einführung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung geht von den agrarischen Parteien aus. Sie rufen zwar vom patriarchalischen Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Landwirtschaft, sind aber viel zu geizig, um Unfallversicherungsprämien zu zahlen. Die unwürdigen Zustände können nur dadurch beseitigt werden, daß sich die Landarbeiter organisieren und von der Gesetzgebung die Erfüllung ihrer Forderungen verlangen.

Kartell der Verbandsstoffabriken.

Vor kurzem ist ein Kartell der Verbandsstoffabriken gegründet worden, an dessen Spitze die Firmen Nagel-Prümm, Brüder Ciel-Prog, Nico-Fürst und Melning und Co.-Hohenelbe stehen. Der Zweck dieses Kartells ist die Vertiefung der Verbandsstoff, worunter insbesondere Krankenbetten und Krankenwagen fallen. Das Vorgehen dieses Kartells ist die beste Begründung für die Notwendigkeit eines Kartellgesetzes.

Kein Lohnabbau bei Arbeitszeitverkürzung.

Eine Erklärung der Arbeitervertreter in Genf.

Genf, 13. Jänner. (Sch. P.-B.) Der Internationale Arbeitszeitkongress ist heute von der Arbeitergruppe eine Entschliegung vorgelegt worden, in der gesagt wird, bei den Beratungen sei davon auszugehen, daß die Wochenlöhne und die Monatsgehälter durch die sich aus der Annahme und Durchführung eines Übereinkommens über die 40 Stundenwoche ergebende Kürzung der Arbeitszeit nicht gekürzt werden dürfen.

Die Regierungvertreter Deutschlands, Frankreichs und Italiens haben bereits einen Entschliegungsentwurf vorbereitet, in dem gesagt wird, die Konferenz sei zu der Überzeugung gelangt, daß die Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstelle. Die Konferenz beschließt daher, in eine Prüfung der Einzelfragen einzutreten mit dem Ziele, eine internationale Bindung zustandezubringen und den Lebensstand der Arbeiter ausgleichsverhalten.

Daß eine solche Entschliegung in der gegenwärtigen Form die einstimmige Zustimmung der Konferenz finden würde, erscheint nach dem bisherigen Verlauf der allgemeinen Aussprache als ziemlich ausgeschlossen.

Die heutigen Vormittags- und Nachmittags-sitzungen der Konferenz waren wiederum vollständig von der allgemeinen Aussprache ausgefüllt in der nochmals hauptsächlich Arbeiter- und Arbeitnehmer ihre entgegengesetzte Auffassung darlegten. Neue Gesichtspunkte traten dabei nicht zutage und der Präsident der Konferenz sah sich am Schlusse der Abend-sitzung veranlaßt, die Delegierten zu mahnen, nicht immer dieselben Argumente zu wiederholen; wenn die Diskussion so weiter gehe wie gestern und heute, so würde die Konferenz wohl noch einige Monate dauern.

Es sind noch eine Anzahl von Rednern für die Generaldebatte angemeldet. Von ihnen dürfte aber lediglich noch der italienische Rotationsvertreter, von dem der Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche ausgeht und der bis jetzt noch nicht gesprochen hat, größeres Interesse finden.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Courtesy von Adaltritter-Verlag Berlin. Nachdruck verboten.

Die Hausfrau hat zur Arbeit zu kommen, wenn Sie bestellt wird, sie kann jedoch eine nicht zum Gute gehörige Vertreterin senden.

In der Dienstwohnung der Familie darf sich nur aufhalten, wer die Erlaubnis dazu vom Gutsbesitzer erhalten hat. Verstöß dagegen rechtlich fristlose Entlassung der Familie selbst dann, wenn es sich um eigene Kinder handelt sollte. Die Gutsbesitzer ist außerdem berechtigt, von jedem nicht bei ihr arbeitenden, nicht nachweislich arbeitsfähigen Angehörigen eine Mark pro Tag vom Familienvorstand zu fordern.

Als Sicherheit für die Unterhaltung des Vertrages und für Verschäfte übereine und übergeben ist der Gutsbesitzer meine gesamte Habe, deren Benutzung die Gutsbesitzer nur widerrechtlich beschl. und die ich gegen Rückgabe etwaiger Verschäfte und ordnungsmäßigen Abgang zurückkaufen kann und hinterlege ebenfalls zur Sicherung Legitimationspapier von mir und meinen Angehörigen.

Ich erlaube an, daß sämtliche, auch in Zukunft sich bei mir befindlichen Borräte an Getreide, Kartoffeln und Brennmaterial Eigentum der Gutsbesitzer sind und bis zum Verbrauch ihrer Verzehrung bleiben.

Der sozialistische Landarbeiterverband nannte diesen Vertrag unethisch ein Dokument moderner Sklaverei und einer Ruchlosen. Aber Graf Briesclau kümmerte sich nicht um das bösen Geschrei, das kaum in der sozialistischen Tageszeitungen und gleich gar nicht in die einflussreichen großen Blätter drang. Seine Leute besaßen ja nicht die Mittel, von ihm loszukom-

men, und wenn das wirklich der Fall gewesen, dann boten sich ihm mehr polnische Landarbeiter an, als er brauchte. Viel, viel billiger noch als die schlecht bezahlten deutschen Arbeiter.

Briesclau war der Meinung, daß er die Arbeiter nicht so gut wie seine Hunde behandeln dürfe. Darum empfand er es als eine republikanische Dreistigkeit, als man ihn eines Tages vor das Schöffengericht der Kreisstadt zitierte, wo er sich gegen die Anklage einer Arbeiterin verteidigen sollte. Eigentlich war die Anklage noch ein Kind, und verteidigen konnte sich der Graf auch dann, denn der Tatbestand lag klar und bewiesen zutage. Ein fünfzehnjähriges, schwächliches Mädchen aus dem Dorfe, in der gräflichen Haushaltung beschäftigt, war von dem Herrn Grafen vergewaltigt worden. Hätte das junge Ding das sechzehnte Lebensjahr schon vollendet gehabt, würde natürlich keine Anklage erfolgt sein. Im allgemeinen werden ja dergleichen Dinge auf deutschen Rittergütern nicht so genau genommen, wenn auch das ins primae noctis dem Buchstaben nach nicht mehr besteht. Noch peinlicher als die Tatsache, daß man einen gnädigen Herrn einer Mätressen wegen vor Gericht zu ziehen wage, war des dem Grafen, daß seine Frau und seine drei schon verheirateten Töchter davon erlöhren.

Graf Briesclaus stülte Forderung, ein pommerisches Schöffengericht werde wenigstens wissen, was es einem deutschen Grafen nach der Meinung dieses Grafen schuldig ist, wurde nicht entzückt. Er entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er leider einmal eine schwache Stunde gehabt habe. Trotzdem wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sein dabei blag werdendes Geschick belebte sich sofort wieder, als der Gerichtsvorsitzende hinzusetzte, der Herr Graf erhalte für diese Strafe eine dreijährige Bewährungsfrist, falls er sich verpflichte, dem infolge der Vergewaltigung dauernd kranken Kinde eine Buße von dreihundert Mark zu zahlen.

Der Graf wies auf seine Einkommenslosigkeit hin, die von der Steuerbehörde bezeugt werden könne. Daraushin billigte ihm das Gericht monatliche Ratenzahlungen von dreißig Mark zu. Immerhin fand der Graf diese Bewertung von Ehre und Gesundheit eines Landarbeiterkinds zu hoch. Doch zahlte er. Aber nach der Gerichtsverhandlung konnte er das Radchen nicht verheiraten, wenn er sich erinnerte, wie fieslich der Gerichtsvorsitzende das Urteil „Im Namen des Volkes“ ausgesprochen hatte. Dabei sahen auf den Schöffenstühlen, einen plebejischen Gutsinspektor ausgenommen, nur Rittergutbesitzer, dem Grafen bekannt oder befreundet.

Drei-Bordwaller und einen Oberinspektor beschäftigte der Graf. Er hielt sie nicht anders, als wie etwa früher preussische Offiziere ihre Unteroffiziere zu behandeln pflegten. Diese Herren wagten gegen ihn nicht zu mucken, wußten aber, daß der Graf ihnen nach unten hin uneingeschränktem Spielraum ließ. Auf Rainerdorf ist es, wie auf den meisten der ostelbischen Güter, selbstverständliche Sitte, daß die Bordwaller prügeln lassen, in den reiferen Jahren allerdings nur zahnfleischend. Dem weiblichen Geschlechte gegenüber kennen die Herren keine Schonzeit. Male lernte eine Frau von 50 Jahren kennen, die im vergangenen Herbst beim Kartoffelgraben in Gegenwart ihrer Kinder von dem dreißigjährigen Bordwaller Schwermert verprügelt worden war. Und später war sie Zeuge, wie der Oberinspektor eine schwangere Freiarbeiterin, die bei der Ernte krühen machte, im Verlaufe eines Wortwechsels nach Gasse schickte. Den Herren, einen ehemaligen Offizier, mochte die Krühe der Frau ärgern. Er prengte ihr auf seinem Gaul nach und ritt sie im Galopp um, so daß die Frau sich dreimal überstülpte.

Von den ortsansässigen Leuten duldete Graf Briesclau nur diesen Oberinspektor und den

Pfarrer Anort in seinem Hause. Wenig beliebt war der Pfarrer bei der Gemeinde, obwohl sie in der Mehrzahl religiös und kirchentreu ist. Die Unbeliebtheit des Pfarrers geht auf eine alte Geschichte zurück.

Im Dezember 1918 war im Pfarrhause ein dreihundzwanzigjähriger Leutnant, ein vorübergehend zu Besuch weilender Verwandter des Pfarrers, tot aufgefunden worden. Er lag im Zimmer des Dienstmädchens, von einem Revolververstoß getötet. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß nicht Selbstmord, sondern Mord vorlag. Der Täter wurde nicht ermittelt, und die Nachforschungen verfielen. Im Dorfe aber liefen dunkle Gerüchte um, die den Pfarrer selbst als Täter verdächtigten. Es war bekannt, daß er mit dem sechzehnjährigen Dienstmädchen ein intimes Verhältnis unterhalten hatte. Es gab eine ganze Menge stichhaltiger Indizien, die für die Mordschuld des Pfarrers sprachen. Aber kein für seine Behauptung, daß kommunistische Banden in sein Haus eingebrochen seien und den Leutnant ermordet hätten. Die ganze Gegend war damals noch kommunistenfeindlich. Als fünf oder sechs Jahre später infolge der nicht veritunnen Gerüchte die Polizei noch einmal Nachforschungen mit deutlicher Spitze gegen den Pfarrer anstellte, wurde die „höllische Galklosigkeit“ der kommunistenbeschuldigung festgestellt und gegen den Pfarrer ein Strafverfahren infolge schwerwiegender Verdachtsmomente eingeleitet. Darauf kam der Generalsuperintendent nach Rainerdorf, donnerte von der Kanzel gegen die Polizei, und man hörte nicht wieder von dem Strafverfahren. Ob es eingestellt wurde oder einschick, weiß man heute noch nicht. Pfarrer Anort amtiert noch wie vor, und zum Gottesdienst ist die Kirche voll. Die Bauern schätzen ihn nicht, aber sie sind religiös veranlagt und die weniger frommen Gutsarbeiter kommen zur Kirche, weil sie sonst fürchten müßten, vom Pfarrer bei ihrem Brotbeten, dem Grafen, als gottlos angezählt zu werden.

Außenpolitische Strömungen über der Budgetdebatte.

Prag, 13. Jänner. Im Budgetausschuss wurden gestern abends noch die beiden Kapitel Außerer und Rationalverteidigung in Verhandlung gezogen; heute ging die Debatte den ganzen Tag fort und sollte in den späten Abendstunden durch ein Exposé des Ministers Benes abgeschlossen werden. Dafür ist der Samstag Sitzungsfreie.

In der Debatte wurde wiederholt die Affäre der italienischen Waffenslieferungen an Ungarn angeschnitten.

Gleich nahm der Referent Teplausky diese Gelegenheiten zum Anlass, sich gegen jede Kritik an der Höhe des Militärbudgets zu verwahren. Man müsse auf der Hut sein; Oesterreich, mit dem wir immer sehr freundschaftlich umgegangen seien und dem wir im Interesse seines wirtschaftlichen Gleichgewichtes Opfer gebracht hätten, verändere sich jetzt dadurch, daß es große Waffentransporte über sein Gebiet nach Ungarn gehen lasse. Auch Flugzeuge seien auf dem Aufwege über Oesterreich nach Ungarn gebracht worden, ohne das Oesterreich dagegen protestiert habe. Es gebe da eine gewisse Stuppierung der Staaten nach rein militärischen und außenpolitischen Gesichtspunkten vor sich, die wir nicht unberücksichtigt lassen könnten.

Die Kürzungen im Militärbudget.

Teplausky rechnete weiters aus, daß seit der Einmilderung des Militärbudgets auf 1400 Millionen (ohne Rüstungsfonds) der Militärverwaltung durch neue Gesetze (Wehrdienstgesetz, Rängenbeseitigung usw.) neue Auslagen im Betrag von 120.6 Millionen erwachsen seien, die man ihr nicht vergüten habe. Gegenüber dem Limit wurde das Militärbudget daher um 117 Millionen herabgesetzt; insgesamt betrage die Herabsetzung des Militärbudgets etwa 245 Millionen; seit dem Jahre 1922 sei es gar um 57 Prozent gesenkt worden. Der Referent bemerkt ferner, daß keine Koalitionspartei die Herabsetzung des Soldatensoldes zulassen wolle; es werde notwendig sein, auf andere Weise Ersatz zu finden, da ja das Budget schon mit dieser Herabsetzung reiche.

22 Millionen für Auslandspropaganda nicht zu viel?

Aus dem Referat Dr. Baresch über das Außenministerium wäre hervorzuheben, daß er 22 Millionen für Propagandazwecke mit dem Hinweis zu rechtfertigen sucht, daß andere Staaten für Auslandspropaganda viel höhere Beträge ausgeben; so betrage Ungarn hierfür 30 Millionen, Italien 184 Millionen, England und Frankreich je 100 Millionen und Deutschland gar über 200 Millionen.

Die Debatte trug der nicht gerade ruhigen außenpolitischen Situation in einem gewissen Grade Rechnung. Selbst Rahr-Garling erklärte, die Tschechoslowakei könne nicht allein mit der Abrüstung beginnen; er beschränkte sich daher auf die Forderung, daß sie den Abrüstungsgedanken energischer zum Ausdruck bringe.

Die konstruktiven Nazis.

Der Nationalsozialist Anisch besaßte sich mit dem militärischen Gutachten im Rahmen des Volksrecht-Prozess, wobei er sich der durch die Jung-Nebe angeführten Neuorientierung der Parteipolitik inhaltlich anschloß und zum Schluß nachdrücklich betonte, seine Partei habe seit der Gründung dieses Staates immer nur „konstruktive Politik“ gemacht. Der Volksrecht sei keine militärische Organisation und hätte mit militärischen Dingen überhaupt nicht das geringste zu tun. Er behauptete dann, die Feststellungen der militärischen Sachverständigen auch hinsichtlich der reichsdeutschen Wehrkraft zu entkräften; auch im Reich hätten die Nationalsozialisten kein Kriegsmaterial und nichts dergleichen; darauf hin, daß sie dort eine militärische Macht darstellten.

Der tschechische Korrespondent A. F. Men findet ziemlich lauernde Worte der Kritik über den übertriebenen Wehrapparat unserer diplomatischen und Konsularvertretungen, der in keinem Verhältnis zu dem Rückgang unseres Außenhandels liege.

Ramen des tschechischen Sozialdemokraten vertrat Genosse Dumelhan die Meinung, daß man in der Ausübung des Verteidigungsministeriums wie in der Parteiorganisation (durch Verlagerung der Zahl der Mitglieder einer Division von vier auf drei) noch viel sparen könnte; bei den Sachleistungen vergesse man überhaupt nicht die Lebensmittel für die Soldaten nicht direkt vom Produzenten oder von den Staatsbehörden kaufen. Wir rüchsten auf die außenpolitische Situation erklärte der Redner, daß keine Partei keinesfalls wolle, daß der Staat in dieser bewegten Zeit nicht mit Mitteln zu seiner Verteidigung ausgestattet werde, solange eine eventuelle Neutralität nicht gelichert sei und solange man in Ost nicht jeden Angriffskrieg verhindern. Er hofft aber, daß es in Zukunft erlangen werde, Kriege zu verhindern; er spekuliert in diesem Zusammenhang an die Jugend, vor allem an die Jugend in Deutschland.

Von unserer Fraktion beschloß sich Genosse Kremler in ausführlicher Weise mit einer Reihe aktueller Fragen der Außenpolitik sowie auch mit dem Kapitel Rationalverteidigung. Wie werden die Rede Kremlers im Ausgange morgen nachgetragen.

Aussperrung in Le Havre.

Paris, 12. Jänner. Der Unternehmerverein des Hafens von Le Havre hat für morgen die Aussperrung der Hafenarbeiter beschlossen.

Was ein ehrlicher Mann ist, hält bei den Nazi nicht aus!

Austritts-Begründung eines der Gründer der Bewegung.

Detmold, 13. Jänner. (Eig.-Dr.) Der Gründer der Nazibewegung im Freistaat Lippe, Dr. Fuhrmann, hat den Sauborsitz im nationalsozialistischen Ärzteverband niedergelegt und ist aus der Hitlerpartei ausgeschieden.

Fuhrmann begründet seinen Austritt in einem Brief, in dem er sagt, er könne nicht länger einer Partei angehören, die ihre Grundsätze erkläre; zweitens sei weder der mit Hitler getriebene Byzantinismus noch der Böhmenskanal zu ertragen und außer Röhmgelbe es noch ganz andere Fälle im Braunschweig-Haus; drittens treibe die Nazi-Partei einen Sozialkurs wie der Wilhelms II.; fünftens bis neunten sei die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sklavenseelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stuhl, Intrigen, Verleumdungen, gegenseitiger Bespitzelung und Steiger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen, sondern nur die Charakterlosen, die Gerissenen und die besten Speichelleder! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und ehrlichen Mann kein Platz mehr in der Nazi-Partei und deshalb bedanke er sich, ihr länger anzugehören.

Der Völkerbund hofft auf - Roosevelt.

Und unterdessen machen die Japaner, was sie wollen.

Washington, 13. Jänner. Nach den hier aus Genu eingetroffenen Meldungen legen die Völkerbundsmitglieder große Hoffnungen in den neugewählten Präsidenten Roosevelt, in der Überzeugung, daß dieser durch eine entscheidende Tat dazu beitragen werde, aus der jetzigen gefährlichen Sackgasse des chinesisch-japanischen Problems herauszukommen. Die hohen Funktionäre des Völkerbundes haben der Presse zu verstehen gegeben, daß eine eindeutige Erklärung Roosevelts dem Völkerbundrat außerordentlich helfen würde, und erwarten mit Spannung ein Anzeichen, welches darauf schließen lassen würde, welchen Standpunkt Roosevelt zur chinesisch-japanischen Frage einnimmt, bevor sie sich selbst zu einer Aktion in der Angelegenheit entschließen. Man hofft, daß es ehebaldigt zu irgend einem Schritt kommt. Inzwischen drohen aber die Japaner, sofort aus dem Völkerbunde auszutreten, falls irgend ein Standpunkt des Völkerbundes gegenüber dem Tokioter Mandchurenprogramm die japanische große Politik, gerichtet auf die Erhaltung des Friedens und der Ordnung in Ostasien, oder gar die Existenz Japans bedrohen würde.

Kämpfe im Norden an der Großen Mauer

längs der Provinzgrenze Jehol gemeldet. Während des gestrigen Tages kam es zu Zusammenstößen zwischen japanischen und chinesischen Streitkräften. Große chinesische Abteilungen operierten westlich von Lichingapao, wobei sie auf die Truppen des Staates Manschukoo stießen. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verletzte. Chinesischen Meldungen zufolge, haben die Japaner sechsaufundzwanzig Mann in den Frontabschnitt in der Nähe der Stadt Linguan nördlich von Tschümentou geworfen. Man erwartet, daß in kürzester Zeit die verstärkten japanischen Truppen den

Die französischen Genossen gegen eine Ungarn-Anleihe.

Paris, 13. Jänner. Das Sozialisten-Organ „Populaire“ beschäftigt sich heute in einem ausführlichen politischen Leitartikel mit der Sache inrüstung Ungarns und verweist u. a. darauf, daß die Ausgaben für die Rüstungen in den Budgetposten der übrigen Ministerien verlistet werden. So habe das Budget des Innenministeriums im letzten Staatshaushalt 6.5 Millionen Pengö erreicht. Das Blatt bespricht die Rolle, welche der zum fünfzigsten ungarischen Außenminister übersehene Koloman Kenna bei der Geheimausrüstung Ungarns spielt, und spricht sich entschieden gegen jede Gewährung einer Anleihe an Ungarn aus. Das heutige Regime in Ungarn sei von der faschistischen Diktatur errichtet worden und werde vom Auslande künstlich aufrechterhalten, während sich das ungarische Volk nach einem Sturz dieses Regimes lehne.

Däpstilche Bulle im Dienst des italienischen Fremdenverkehrs

Wer kann, muß sich in Rom Sündenbuss holen!

Rom, 13. Jänner. Zum heutigen Tage werden nach einer Mitteilung des „Osservatore Romano“ außer der Verkündungsbulle in den nächsten Tagen noch drei Bullen ergehen. Mit der ersten Bulle werden die außerhalb Roms bestehenden Möglichkeiten zur Gewährung des Sündenablasses in Verbindung, bzw. auf Sonderfälle, wie Sterbefälle, und auf außerhalb Roms abzubehrende Feiern des heiligen Jahres beschränkt. In der zweiten werden die weitgehenden Vollmachten der ordentlichen Bischöfe in Rom ausgeübt. Die dritte enthält die Bestimmungen, auf Grund deren Kranke, Strafgefangene und anderweitig an einer Pilgerfahrt nach Rom materiell verhinderte Personen des Sündenablasses teilhaftig werden können.

zodkurs wie der Wilhelms II.; fünftens bis neunten sei die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sklavenseelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stuhl, Intrigen, Verleumdungen, gegenseitiger Bespitzelung und Steiger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen, sondern nur die Charakterlosen, die Gerissenen und die besten Speichelleder! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und ehrlichen Mann kein Platz mehr in der Nazi-Partei und deshalb bedanke er sich, ihr länger anzugehören.

Angriff auf die Hauptstadt der Provinz Jehol, Tschiantseju, eröffnen werden.

„Sehr herzliche“ Unterredung über die Kriegsgefahren...

Tokio, 13. Jänner. (Neuter.) Der britische Botschafter besuchte gestern, wie aus informierten Kreisen mitgeteilt wird, den japanischen Außenminister und machte ihn auf die Gefahren aufmerksam, welche infolge der gespannten Situation in Nordchina den Interessen der britischen Staatsbürger drohen. Die Unterredung soll sehr herzlich verlaufen sein.

USA. braucht Flottenbasis gegen Japan.

Hoovers Veto gegen die Unabhängigkeit der Philippinen.

Washington, 13. Jänner. (Neuter.) Präsident Hoover teilte dem Kongress mit, daß er gegen den Gesetzesentwurf über die Unabhängigkeit der Philippinen sein Veto einlege. In seiner Erklärung betont Hoover, daß die Lage im Fernen Osten chaotisch sei; er mache auf die Gefahr aufmerksam, welche den Philippinen aus der überaus großen Bevölkerungszahl in der Nachbarschaft entsteht, und verlangt, daß die Autorität der Vereinigten Staaten auf den Philippinen gegenwärtig nicht eingeschränkt werde. Er spricht schließlich die Ansicht aus, daß es notwendig sein wird, Maßnahmen zu treffen, durch welche die Unabhängigkeit der Philippinen garantiert würde, jedoch so, daß die Grundlage eine Volksabstimmung wäre, welche in 15 bis 20 Jahren stattfinden würde.

Das Repräsentantenhaus hat das Veto Hoovers zwar mit der nötigen Zweidrittelmehrheit abgelehnt, doch dürfte im Senat diese Mehrheit nicht zu erreichen sein, so daß das Veto doch schließlich Rechtskraft erhalten dürfte.

Die spanische Anarchisten-Rebellion.

Madrid, 13. Jänner. Nach Zeitungsmeldungen aus Medina Sidonia (Provinz Cadix) ist es bei Casas Viejas erneut zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen und der Polizei gekommen. Der Ort selbst ist von Gendarmen besetzt worden, die mit 50 Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die Gendarmen hat Verstärkung angefordert, damit sie eine neue Aktion gegen die Rebellen bis ins Gebirge zu verfolgen, wohin sie sich zurückgezogen haben.

Auch in anderen Teilen Spaniens ist es im Laufe der vergangenen Nacht zu neuen Einschlägen gekommen. In Granada wurde eine Bombe geworfen, die jedoch keinen nennenswerten Schaden anrichtete. In Valencia wurden um vier des Bahnhofs die Eisenbahnschienen aufgerissen und in einem Madrider Vorort Ballacas haben die Rebellen versucht, eine Kirche in Brand zu stecken.

Oesterreichische Inlandsanleihe

zur Sanierung der Kreditanstalt.

Wien, 13. Jänner. Im Bundesministerium für Finanzen werden Vorbereitungen zur Ausschreibung einer inneren österreichischen Anleihe getroffen, welche mindestens zweihundert Millionen Schilling betragen und in erster Reihe zur Deckung der Verpflichtung des Staates gegenüber der Nationalbank, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Kreditanstalt entstanden ist, dienen wird.

Die Regierungsbildung in Rumänien

Bukarest, 13. Jänner. Der König hat den früheren Ministerpräsidenten Vajda-Rojevod mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Festkalender 1933:

- März bis Mai
- Karl Marx-Gedenkfeier.
- 14. März — 50. Todestag.
- März Frauentag.
- 1. Mai.
- 18. Juni Kindertag.

Rüftet schon jetzt zu diesen proletarischen Feiern!

Abbau des Militärbudgets in Schweden.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Schwedens, Per Albin Hansson, erklärte in einer Rede in Norrköping am 5. Dezember 1932, daß Einsparungen mit dem Wachstum der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage unumvermeidlich würden, aber so gehandhabt werden müßten, daß sie produktiven Unternehmungen freien Spielraum ließen. Unter diesen Umständen könnten die Militärausgaben nicht unberührt bleiben. Sie bilden den größten Posten im Staatshaushalt und eröffnen außerdem die besten Möglichkeiten für sofortige Sparmaßnahmen.

Zu dem von verschiedenen Seiten sehr energisch ins Feld geführten Argument, daß Einsparungen auf diesem Gebiete nur die Reduktion der Ausgaben vom Militärbudget auf das Arbeitslosenunterstützungsbudget bedeuteten, bemerkte Hansson, daß dieses Argument einer sorgfältigen Prüfung nicht standhalte. Die Anweisungen, die für die Verteilung der Sparmaßnahmen auf die einzelnen Posten des Staatshaushalts gegeben wurden, lauteten, daß eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit vermieden werden müsse. Es ist keine Rede von einer Herabsetzung der Zahl der in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter über das durch das normale Ausschneiden von Arbeitern bedingte Maß hinaus.

Die Herabsetzung der Zahl der zum Militärdienst Einbezogenen soll zu keiner Mehrbelastung der Arbeitslosenfürsorge führen. Die Diensttage des Heeres belaufen sich nur auf einhundert Millionen. Das bedeutet eine Ersparnis von 5 Millionen schwedischen Kronen. Selbst wenn allen die gewöhnliche tägliche Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt würde, so könnte doch eine Ersparnis von zwei bis drei Millionen erzielt werden. Aber nicht alle Militärdienstpflichtigen sind arbeitslos. Auf jeden Fall sollte es möglich sein, die Arbeitslosigkeit bei der Aushebung der Rekruten in Betracht zu ziehen. Dann wäre für eine Anzahl von Arbeitslosen während einiger Monate gesorgt und der ganze Betrag der berechneten Ersparnisse wäre sichergestellt.

Demission der griechischen Regierung.

Athen, 13. Jänner. (Ag. D'Athens.) Heute um 5 Uhr früh wurde die Regierung Tsaldaris in der Kammer mit 109 gegen 91 Stimmen geschlagen. Ministerpräsident Tsaldaris hat die Gesondemission überreicht. Der Präsident der Republik wird im Laufe des Tages die Verhandlungen aufnehmen. Nähermeldungen zufolge wird Benizelos die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung unter dem Vorstiz Tsaldaris empfehlen. Sollte es nicht möglich sein, eine Regierung in dieser Zusammensetzung zu bilden, glaubt man, daß eine Regierung der breiten Konzentration mit Ministerpräsident Kasandaris gebildet werden soll. Tsaldaris schlägt vor, das neue Kabinett aus den Parteien zu bilden, die bei der heutigen Abstimmung in der Kammer die Mehrheit hatten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Sonntag:
- Prag: 6.45 Symphonie, 9.00 Chorlieder, 11.00 Orchesterkonzert, 18.00 Deutsche Sendung: Studentenische Kompositionen, 19.40 „Spiel Winnen“, Oper von Enescu, 22.30 Jazzmusik. — Brünn: 17.30 Hörfunkkonzert, 18.00 Deutsche Sendung: „Erwin und Elmire“, Singpiel. — Berlin: 16.35 Orchesterkonzert, 18.10 Tchaikowsky. — Breslau: Alter und neuer Humor im Pöde. — Wladimir: Blasmusik. — Hamburg: 18.10 Kammermusik des 18. Jahrhunderts, 20.00 Deutscher Operabend. — Königsberg: 20.05 Großer Winterabend. — Langenberg: Baden im Hintergrund. — München: 18.50 Volkslieder zur Suite 20.00 Philharmonische Konzerte. — Wien: 11.30 Haydn-Festspiel, 17.05 Blasmusik, 20.00 „Die kaiserliche Zuhälterei“, Operette von Gilbert.

Schulen ohne Schulfunk. In den Städten Nordböhmens ist es um den Schulfunk schlecht bestellt. Nur die allerwenigsten Schulen haben eine eigene Empfangsanlage. Die anderen können entweder ihre Schüler am Schulfunk überhaupt nicht teilnehmen lassen oder nur mit ungehörigen Geräten. Den Ortschulräten fehlen die Mittel zum Ankauf von Empfangsgeräten. Außerdem nehmen die Bewilligungsverfahren so viel Zeit in Anspruch, daß das gegenwärtige Schulfunkwohl zu Ende gehen wird, bevor die oder jene Schule die erforderliche Anlage kaufen wird.



Er erscheint pünktlich jeden Freitag mit großem Europaprogramm. Bezugspreis vierteljährlich K 23.10. Zu bestellen beim Postamt.

Funkhörer erhalten eine Probenummer kostenlos.

Volksfunk-Verlag G.m.b.H. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ein großes Ehepaar buchstäblich verhungert! Der 72 Jahre alte Rentner Bomber in Ad-nigberg wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Bomber ist an Unterernährung gestorben. Neben ihm fand man seine Frau in völlig erschöpftem Zustande vor, die infolgedessen ebenfalls infolge Schwäche gestorben ist.

Angung ist jetzt ins Meer. In der Nacht von Plymouth ist heute ein Militär-Öndroonion mit einer dem Marine-Arsenal gehörenden Schaluppe zusammengebrochen. Das Angung prallte kurz nach dem Start mit einer Trassfläche an die Schaluppe, stürzte ins Meer und ging unter.

Eine Kirche durch Brand vernichtet. Die katholische Kirche des St. Ludwig in Montreal wurde durch einen Brand vernichtet. Der Materialschaden beträgt rund eine halbe Million Dollar und ist durch Versicherung fast zur Gänze gedeckt.

Das Todesfall. In Sakarai hat sich eine fünfköpfige Familie das Mitleiden verschafft. Alle fünf starben unter entsetzlichen Qualen.

Zwei Flugzeugkatastrophen. In Nordafrika ereigneten sich zwei schwere Flugzeugunfälle. Das Postflugzeug Kaiser-Marielle schlug beim Start im Hafen von Alger in Folge des zu hohen Wellenstandes um; der Telegrafist kam ums Leben.

Neu Yorker Gehälter werden gekürzt. Die Budgetkommission der Stadt New York hat die Reduzierung der Gehälter der städtischen Beamten und Bediensteten genehmigt.

2000 Dollar jährlich (ca. 68.000 K) bis zu 33 Prozent bei Gehältern in der Höhe von 15.000 Dollar jährlich (ca. 510.000 K). Auf Grund dieser Maßnahme wird das Gehalt des neuen Oberbürgermeisters O'Brien von 40.000 Dollar (1.300.000 K) auf 39.915 Dollar (1.017.000 K) herabgesetzt.

Das Geheimnis Australiens.

Eingeborene auf niedrigster Kulturstufe. — Ein reiches Erdteil dünn bevölkert. — Die Schauplätze der Welt.

Was ist uns Australien? Ein fernes Land, von dem wir nur den Namen wissen und manchmal staunend hören, daß es auch dort Großstädte gibt, wie die unseren, die nur in manchen Einzelheiten fortschrittlicher und moderner sind.

Wenn sie erst die Fährte eines Tieres aufspürt haben, gibt es für das Tier keine Rettung mehr; sie lassen in der Verfolgung nicht nach, bis sie die Beute erlegt haben. Sie verdrängen als Nahrung weder Schlangen noch Eidechsen. Ihre Schrift besteht darin, daß sie Zeichen und Linien in Erde schnitzen und diese Stöcke dann durch Pöten an entfernt wohnende Mitglieder ihres Stammes senden, um ihnen auf diese Weise eine Nachricht zukommen zu lassen.

Aber nicht nur eigenartige Menschen hat Australien — auch seine Tierwelt ist reich an sonst nirgends vorkommenden bzw. sehr seltenen Arten. Da findet man zum Beispiel eine winzige Rängerbüchse, die wie eine kleine Antilope des großen Rängerbüchsen anmutet und, wenn sie verfolgt wird, genau solche Sprünge macht wie dieses.

In Bodenschätzen ist Australien wohl reicher als jeder andere Erdteil. Es beherbergt den Weltmarkt mit Opalen und an seinen Küsten werden kostliche Perlen gefunden. Merkwürdig ist, daß die Perlenfischer, die früher vernichtet wurden, heute Vermittler geben, das etwa den zwanzigfachen Gewinn bringt wie die Perlen selber.

Der Defraudanten-Professor. Der in Cambridge (Massachusetts, USA) verhaftete „Professor“ Norman Levin, der nach Ausbude gefälschter Wechsel in Höhe von fünf Millionen Mark vor drei Jahren aus Berlin geflüchtet war, wurde ins Cambridger Untersuchungsgefängnis gebracht; die Bundesstaatsanwaltschaft beschließt, die Gefängnishaft bis zum Eingang des Auslieferungstrags der deutschen Regierung auszudehnen.

Und dieser ungeheure, überreiche Erdteil hat nur sechs Millionen Einwohner. Fast die ganze Bevölkerung lebt an den Küsten; in Inner-Australien gibt es noch ungeheure Gebiete, die noch nie eines Weizen Fuß betreten hat.

Schafe hat man in Australien fast so viele wie in der ganzen übrigen Welt zusammengezählt, und die Wolle von 100 Millionen Schafen bringt Hunderte von Millionen an Gold. Durch die Fährte sind in Bezug auf den Wollmarkt erstaunliche Ergebnisse erzielt worden; während ein Durchschnittsschaf etwa sieben Pfund Wolle gibt, hat man Schafe, die bis zu achtzig Pfund Wolle geben. Dies glänzende Ergebnis war möglich, weil das heiße Australien kalte Nächte hat, die die Tiere zwingen, einen möglichst dicken Pelz zum Schutz anzulegen.

Für die Erschließung des Landes sind die reichlich vorhandenen Eisenbahnen wichtig. Man kann von Brisbane nach Perth mit der Eisenbahn fahren, braucht dazu aber sechs volle Tage. Noch vier Tage länger braucht man für die Strecke von Dajarra in Australien nach Meekatharra in West-Australien. Kilometerweit überquert diese Bahn nicht einen einzigen Fluß, kilometerweit ist kein Baum zu sehen.

Da Australien sowohl tropisches wie gemäßigtes Klima aufweist, gedeihen dort alle Pflanzenarten. Man baut mit Erfolg Jute, Tabakpflanzungen hat man begonnen, und selbst Reisfelder wurden auf künstlich bewässerten Lande angelegt. Die australischen Weinberge erzeugen keinen schlechteren Wein als Europa.

Die Goldfunde, die gemacht wurden, waren besonders in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erstaunlich. Man erzählt von einem Strolch, der aus seinem Leich einen Eimer Wasser holte. Er sah am Boden des Gefäßes etwas glitzern, griff hinein und fand, daß es Gold war. Da er seine Hütte aus Schlammschollen gebaut hatte, die dem Leich entnommen waren, rief er das Haus nieder und wusch ein Vermögen an Goldstaub daraus.

Mirabeaus Idealstaat auf dem Ringe des Saturn.

Von Edmund Reimer-Fronhöde.

In einem Prager Privatstud hat Heinrich Conrad Mirabeaus „Biblion Croton“ überlesen. Der Preis von 400 K bezieht sich wirklich nur auf besondere Nachbände des 1780 von Mirabeau im Gefängnis verfaßten „Biblion“; einer Beispielsammlung etlicher, besser gesagt: sexueller... Nebenstücke, die wenig beachteten, aber ziemlich allgemein in Paris sind. Nur diese interessieren uns nicht. Einzige ist der soziologische Teil des „Biblion“.

Jeremias Shoderley reiste in den Weltraum, geleitet von einem zu Pompeii gefundenen Marskripi in mozarischer Sprache, mühsam entziffert. Da der Saturn selbst sich noch in geologischer Revolution befindet, landet Jeremias auf dem Ringe. Dieser ist kühler, früher erfolgte eher bewohnbar. Unsere Sonne auch Zentralgestirn für Saturn, aber kaum ein Dreifünftel so groß wie der irdische Abendstern. Merkur, Venus, Erde, Mars, unbedeutend. Bewohner des Ringes wechseln am Polen dieser Welt. Jupiter im Hofen, gleich Erdmond. Astronomie auf dem Saturnring weit entwickelt. Berechnung der Sonnenentfernung auf 313 Millionen Meilen.

Wärmequelle des Ring-States der Saturn selbst. Die Kometen auf dem Saturn selbst vom Ring aus gut zu beobachten. Anziehungskraft des Planeten hat die des Ringes zum Teil auf. Deshalb Schwerkraft auf die ein gering-wirk-sam. Leben fast ohne Anstrengung Körper haben nur nötig, sich zu beruhigen, um sich ganz nahe zu sein. Alles wie ein Hauch. Die zartesten Empfindungen haben Dauer. Die Organe ermüden nicht und unterliegen nicht dem Rhythmus des Tages. Ungeheure Perfectionsmäßig-keit der Sinne. Vielstimmigkeit. Körper sehr groß und der Schilderung so wenig zugänglich, wie die uns lebenden Sinne der Saturnier. Die Vorbedingung des Unterschiedes zwischen Erdmen-sch und Saturnringwesen: geringe Schwerkraft. Trägheit. Beharrungsvermögen; wenig Reibend, ebenso nahezu kein Repulsionsdruck der Sonne. Erinnerung schwindet keinen Weilen; ewige Gegenwart. Unauslöschbar. Bewußtsein hat noch nie ein Saturnier erlebt. Gedankenübertra-gung erfolgt direkt, ohne Zeichen, ohne Sprache. Die Saturnier kennen keine Geschichte, keine Lite-ratur. Ausführung der Gedanken kann nur größ-ter Schnelligkeit erfolgen. Kenntnisse werden un-verfälscht rasch erworben. An Stelle des Romal-merates von Aristotern, die aus Tradition, Lite-ratur usw. aufschreiben, tritt roter Instinkt. Die Allgemeinheit des Volkes: Ideale Genien, von uns aus gesehen.

Den Saturniern ist in vollendeter Weise empfindbar, daß jeder Körper, nicht nur der menschliche, keine ihm eigene Atmosphäre und Strahlung besitzt. Auf groß Entfernung können Saturnier die Emanationen ihres Körpers senden; Lebende können sich in ihnen, dem Körper ja ver-

binden bleibenden Emanationen auf Entfernung leben, vereinigen. Die Erde des Saturnringes genährt ohne Pflege, mittels alles Lebensnot-wendige. Welt ist deshalb kein Antez, sondern un-mäßig und also fertig. Zu Streit, Feindschaft, nahezu keine Gelegenheiten. In politisch: ledig-lich ungeschickliche Weisheit, da kein Besitz, und geistiges Leben schnell und mühelos erreichbar. Fast waren alle Bedürfnisse wie der kosmische Reifelebe ist-fällig; im Voraus befriedigt. — Ansehen: ein Wund, keine hüten voraussetzliche: Wunsch, Vor-streben, Sehnsucht, Erwartung... Einzig Ge-fährdung: durch das Gift der Saittheit. (Mira-beau-Conrad.) Vielleicht löst auf ihnen der Ring, nicht unglücklich sein zu können. So fehlt Distanz, Perspektive; Vorbedingung des Glücks-gefühls. Die Völker des Saturnringes kannten nur ein einziges Streben: die Allgemein-heit durch Vollkommenheit zu be-glücken; der Begriff Individualismus konnte ihnen nicht klar gemacht werden. Kriege führen-unbekannt und unerträglich, deshalb Wohl-pflichten Vernunft und Kritik ausgeschlossen. Ge-fährlichste Veranlassungen: unbekannt... Und all diese Paradieshaftigkeit durch — nahezu Aufgehoben-sein der Schwerekraft, deshalb auch der geistigen, seelischen und der Herzens-Trägheit... Unver-änderbare Menge von Energie, Liebeskraft, seli-ges Klima, Selbstverständlichkeit der Vernunft, untrügliche Erde... Das sind die Vorbedin-gungen jenes Idealstaates auf dem Ringe des Saturn des großen Mirabeau, allwo sogar Liebe auf Distanz auch als höchste Liebesbude möglich ist: Rodia-überflüssig.

Im ganzen und total: tätiger Sozialismus gei-ner Mensch — ohne Bürokratie.

Schwimmende Speckseiten.

Fleischkloffe unter den Tieren.

Die leichtesten Tiere sind die Wäden. Stellen wir demgegenüber einen wichtigen Elefan-ten, der seine sechs bis sieben Tonnen wiegt, und wir haben das ganze ungeheure Kosmos des Tierreichs. Das Flügelfeud ist das nächstschwere Landtier, das häufig auch ein Gewicht von vier Tonnen erreicht. Das Seehund ein Gewicht von drei Tonnen haben, kommt häufiger vor als man denkt. Solch ein Riesenseehund löst in der Gefangenschaft recht Erhebliches verzehrt er doch seine sechzig Pfund täglich. Auch die Seelöwen kommen mit der Zeit dank ihrem un-gewöhnlichen Appetit zu recht erheblichen Aus-machen und Gewicht; ihre fünfzehn Pfund Fische wollen sie auch täglich haben.

Auch die Alligatoren gehören zu den Som-mergewässern; so ein schuppiges Ungeheuer wiegt gut und gern eine tausend Pfund, und es ist zu begreifen, daß alle Tiere ihm aus dem Wege gehen, so weit sie können. Schildkröten bis sechshundert Pfund wiegen, sind keine Seelöwen.

Auch unter den Vögeln gibt es Schwim-mer, wenn sie auch natürlich niemals auch nur annähernd die Ausmaße der Land-er-reichen. Immerhin kann ein Geier ein ganz beträchtliches Gewicht haben.

Aber weder Elefant, noch Flügelfeud können es mit dem Riesen des Meeres, dem Walfisch, aufnehmen, dessen Gewicht 150 Tonnen betragen kann. Ein einziger Blauwal ist seine 15.000 Mark wert; meist bekommt ein Kapitän eines Walbootes für einen Wal hundert Mark und jeder der Matrosen etwa 10 Mark. Auch Stuer-mann und Maschinisten erhalten ihre besondere Belohnung.

Wird ein großer Wal gefangen, so müssen riesige Maschinen mit Ketten in Bewegung ge-setzt werden, um ihn auf das Schiff oder zu Land zu schaffen. Es ist auch nicht leicht, das Abziehen zu besorgen, denn die Speckschicht ist mindestens zehn Zentimeter dick. Gewöhnlich werden zunächst mit großen, dreien Messern Längsschnitte gemacht. Dann wird in das eine Ende eines solchen Streifens ein Loch ge-schnitten, durch das eine Kette gezogen wird, die zu einer Winde führt. Diese Winde wird in Bewegung gesetzt, und auf diese Weise wird die Speckschicht abgezogen. Wenn die eine Seite ab-gezogen ist, wird der Wal mit Hilfe der Kette auf die andere Seite umgedreht und auch diese enthäutet. Der Speck wird nun in kleine Stücke zerhackt und in riesigen Kesseln gekocht. Auch das Walfleisch wird in große Stücke zerhanen, aus denen das Öl gefischt wird. Das Rückgrat des Tieres wird zerhackt und zu feinem Mehl gemahlen, das als Dünger und auch als Fühner-futter Verwendung findet. Ebenso wird das Fleisch, nachdem das Fett herausgelacht ist, ge-trocknet, gemahlen und zu Dünger- oder Fut-terzwecken benutzt.

Auch ein Seehund bedeutet für die Völ-ker des Nordens einen wertvollen Fang, da sie so alle Teile des Tieres verwenden können. Selbst die Gedärme werden gegessen; will man sie nicht verzehren, so werden sie sorgfältig gereinigt, geflättelt und dann zu Kleibern und Vorhängen verarbeitet. So ein aus Gedärmen verfertigter Leberrock wird hoch geschätzt, da er das Wasser nicht durchläßt. Das Blut des Seehunds wird mit Wasser vermischt und als Suppe gekocht. Man läßt es aber auch wohl gefrieren und verpeist es dann als Vorkost. Auch kocht man es und formt nach dem Kochen runde Kugeln daraus, die man in der Sonne trocknen läßt und für die Zeiten der Not aufbewahrt. Die Rippen des Seehunds werden als Hölzer verarbeitet und dienen als Spreithalter für die Felle. Die Schulterblätter ergeben Spaten; aus den Sehnen verfertigt man Juweln, Kell, Tran und Fleisch sind natürlich das Wertvollste. Das dankte Fleisch wird gern gegessen. Aus dem Speck kocht man einen guten, leichtflüssigen Tran, der bisweilen mehr einbringt als Fell und Fleisch zusammen. Die Felle werden mit Por-tische für Frauenhosen gebraucht. Eine junge Grönländerin ist hochbeglückt, wenn ihr ein Paar Hosen aus Seehundfell geschenkt wird. Der einzige Körperteil, der verschmäht wird, ist die Leber, wenigstens in vielen Gegenden, da man ihr giftige Eigenschaften zuschreibt, die sie aber in Wirklichkeit nicht besitzt.

Ernst Werner.

Weiteres.

Ein großer Alog. Der große skottische Komiker Harry Lauder ist auch im täglichen Leben von bemerkenswerter Schlagfertigkeit. Einmal hieß er etwas ankant mit einem großblättrigen Herrn zu-sammen, der ihn darauf „Kindsch“ anstellte. „Lauder“, hieß sie sich der Komiker, innerlich vor. „Was? Frech wollen Sie auch noch werden? Ich soll Sie wohl mal zusammenquetschen und in die Falche haken?“ „Dann hätten Sie mehr Geist in Ihrer Falche als in Ihrem Kopf!“, sagte Lauder im Weitergehen.

Philosophische Geduld. Ein Schwäper langweilte Aristoteles mit endlosen Erzählen. Schließlich fragte er: „Und man sage mir, Aristoteles, ob du erkaunt bist über das, was ich dir erzählt habe?“ Aristoteles erwiderte: „Ich bin nur über eins erkaunt: Ich hab meine Ohren zum Zuhören benutz, während du doch Jahre zum Fortlaufen habe.“

PRAGER ZEITUNG.

Der Schaffner als Lehrer, als unerbetener, mehr noch als Vormund der Fahrgäste — eine Prager Besonderheit. Von einem erstaunten, belustigten, entrüsteten Zuschauer nur eine: Mein sechsjähriges Töchterchen unterhielt sich während einer Straßenbahnfahrt mit einer gleichaltrigen Freundin. Nicht allzu laut, aber laut genug, um die empfindlichen Ohren des Schaffners zu verlegen, der das Mädchen fragte, warum es nicht tschechisch spreche? Wer tschechisches Prot esse, müsse auch tschechisch sprechen. — Welche Auffassung? Schenkt jemand meiner Tochter Prot? Ihr Vater muß es für sie erarbeiten; er ist ein Deutscher, nicht bei einem tschechischen Unternehmer beschäftigt — aber was hat das alles mit der Sprache, in der man private Unterhaltungen führt, zu tun? Was geht's den Schaffner an? Woher nimmst du das Recht zu Vorwürfen und Belehrungen? Er hat die Pflicht, dem Reisenden gegen Entrichtung der Fahrgelder eine Fahrkarte anzuführen, aber sich gar nicht darum zu kümmern, ob die Gäste und in welcher Sprache sie sich unterhalten. In welcher anderen Großstadt ist eine solche Einmischung eines Schaffners in die Privatsphäre eines Reisenden auch nur vorstellbar? — Der Prager Primator ist Parteigenosse des Außenministers Dr. Beneš, dessen Parteigenossen auch die meisten Straßenbahnschaffner sind. Dr. Beneš gebärdet sich sehr weltmännisch, sucht allüberall den Eindruck zu erwecken, die Tschechoslowakei sei ein völlig moderner, kultivierter Staat — wäre es nicht billiger und wirkungsvoller, die Parteigenossen Straßenbahnschaffner aufzuklären, zu rechtzuweisen, zu erziehen. Die Freundin meiner Tochter war nur für wenige Wochen auf Besuch in Prag. Was ist selbstverständlich, als daß sie daheim erzählt, in Prag werde man vom Schaffner belästigt, wenn man in der Straßenbahn deutsch spricht. Will Herr Dr. Beneš eine solche Propaganda für Prag und die Tschechoslowakei?

Das neue Telefon-Teilnehmerverzeichnis des Prager Ortsrates für das Jahr 1933 wird am 20. Jänner d. J. herausgegeben werden. Im neuen Verzeichnis werden bei einigen Telefonzentralen des Prager Netzes die Anschlussnummern der Verbindungsleitungen, die aus Betriebsgründen serienweise eingeschaltet werden müssen, abgeändert werden. Diese Abänderung wird mit 21. Jänner durchgeführt werden.

Aus den Protokollen geht hervor, daß die Angeklagte sieben (!) „Fehlgeburten“ in der Zeit dieses Verhältnisses hatte. Im übrigen geriet sie einem guten Auf seit dem Jahre 1917. Vorher ist sie öfters wegen Prostitution beanstandet worden. Inzwischen ist sie in die „höhere“ gesellschaftliche Sphäre aufgestiegen. Der Senat des OVR Kaplan fällte einen Freispruch, sichtlich angewidert von dem Schmutz, den diese Sache an die Oberfläche spülte. Es geht doch nichts über die bourgeoise Geschlechtmoral!

Ein Didichädel.

Anzeige wegen böshafter Sachbeschädigung — Wert: eine Krone.

Prag, 12. Jänner. Eine kleine Stadt umweit von Prag, die eine hübsche Badeanstalt besitzt und diese im Interesse des Touristenbetriebes zu erweitern und auszubauen gedachte, wollte auch den Zugangsweg erwerben und in eine Art Promenade verwandeln. Der jetzige Besitzer des Weges ist ein Bauer und der Weg selbst führt durch ein Feld, das gleichfalls diesem Bauer gehört. Der Bauer beschloß, den Weg unter kleinen Umständen abzutreten und sperrte ihn durch eine Barriere aus hohen Holzstämmen ab. Zwei Pflöcke in den Boden, ein dritter, längerer, darübergenagelt und die Barriere war fertig.

Es richtete eine Kommission. Der Herr Bürgermeister, der Herr Stadtkämmerer und der Herr Stadtbaumeister. Sie wollten den erlesenen Weg amtlich beantragen. Sie ließen sich von der Barriere nicht abschrecken. Da ein Umgehen nicht möglich war (rechts und links reifte schon das Getreide) und alle drei Herren zum Unterfischen viel zu befeuert waren, blieb nichts übrig, als das Hindernis zu überklettern. Dem besonders gewichtigen Herrn Stadtschreiber postierte hierbei das Malheur, daß die Stange, die als Querbalken diente, sein Gewicht nicht zu tragen vermochte und an einem Ende abbrach.

Der Bauer, der aus dem Hinterhalt alles mitangelesen hatte, schickte dem Stadtschreiber durch den Advokaten eine Rechnung über vierzig Kronen. Als diese nicht beachtet wurde, klagte er und erstarrte gleichzeitig Strafanzeige wegen „böshafter Sachbeschädigung“. Der Wert des „Schadens“ wurde von sachverständiger Seite mit höchstens einer Krone beziffert. Vor dem Bezirksgericht freigesprochen, wurde die Sache vor die zweite Instanz gebracht und so hatte sich das Kreisgericht, nachdem mit der Begnadigung zu befehlen. Der Berufungsinstanz des OVR Poláček befälligte das erste Urteil.

Kunst und Wissen

Ein Held wird gesucht, und zwar zum Liebhaber für Frauenzimmer, deren Dummheit und Geldbesitz keine anderen Sorgen kennt; das soll öfters vorkommen, spielt sich aber wohl niemals auch nur annähernd so ab wie in der konstruierten Komödie des Herrn Louis Bernacchi, die Donnerstag in der Kleinen Bühne erstausgeführt wurde und dank ihrer anfangs unglücklichen Mischung von Schlafzimmer, Porzellan, frivoller Lust und lustiger Atmosphäre, kraft eines lebenswürdigen Dialogs und geschickt jener Ueberrückungen, vor allem aber durch ein ausgezeichnetes Zusammenspiel unter der leichten und flugen Regie des Herrn Götz und durch ein paar ausgezeichnete schauspielerische Leistungen einen schönen Erfolg erzielte. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wie in solchem Falle einer im ganzen unwahrscheinlichen Handlung mit all ihren unglücklichen Einzelheiten, Tempo und Geschwindigkeit mit Fingerfertigkeit angelegten Regisseurs und schauspielerische Begabung selbst ein Sechstel und unheimlich Komisches mit Humor herauskommt. — Von den Darstellern sind vor allem Tudek und Taub mit ihrer ganz verwickelten und dennoch gleich hart wirkenden Humorabgabe und Charakterisierungskraft zu rühmen; Tudek spielt (im doppelten Sinne) einen Diener nobel und zugleich verlässigen, diskret und zugleich kräftig; eine prächtige Leistung, die dem alten Wanj, diesen Schauspielers immer mehr im Sprechraum beschäftigt zu werden, Nahrung gibt; und Taub vereinigt wieder alle so überzeugend und herzerweichend geliebte Bergehenden, Raschdäufigkeit und ins Dämmelnde verkehrte Intellektualität seines Naturcharakterentums zu einer die Verneinung der Natur weit übertragenden Typen Herr Frey stellt Frißbe und Charme bei, vermag aber dort, wo sich feinstes Humor läghafter Erfindung dem Publikum mitteilen möchte, wenn es nicht bestenfalls in der Beurteilung der Vorgänge fälschlich auf falsche Bahn gelenkt werden soll. Herr Doprecht spielt wieder einen seiner glaubhaft jähzweigen, grieglitzigen und dabei überlegenen älteren Herren sehr reizend. Fräulein Andergast, aber durch Mangel an Schalterungen etwas zu belanglos, zum Unterschied von Fräulein Woy, das mit wenigen Sätzen außerordentlich zu leseln vermag. In kleineren Rollen Frau Holm, die Herren Janisch und Stiegler.

Wenzel Zuf gestorben. Der bekannte Dirigent der Großen Moskauer Oper Wenzel Zuf ist in Moskau im Alter von 71 Jahren gestorben.

Orpheus und Eurydike. Mittwoch, neu einstudiert und neu inszeniert mit Martha Fuchs vom Dresdener Staatstheater a G. — Exakte Kopie und

Gedicht Holland in den Hauptpartien. Inszenierung und Choreographie: Margarete Wollmann (Salzburg — Berlin — U. S. A.) u. G. Russkische Zeitung: Max Rudolf. (St).

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“ — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 Uhr: „Die Wunderbar“; 7 1/2 Uhr: „Die blinde Göttin“, Erstaufführung (G 1) — Montag, 7 1/2 Uhr: „Im weißen Rössl“ (AD). — Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Die blinde Göttin“ (G 2) — Mittwoch, 8 Uhr: „Orpheus und Eurydike“ (B 1) — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Die Wunderbar“ (G 1) — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der Troubadour“ (D 1) — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Orpheus und Eurydike“ (D 2).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag, 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ — Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Ich habe einen Engel geheiratet“; 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ — Montag, 8 Uhr: „Vergeld laßt“, (Bankbeamten I.) — Dienstag, 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ — Mittwoch, 8 Uhr: „Poluspolus“ (Bankbeamten II.) — Donnerstag, 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ — Freitag, 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ (Kulturverbandsstunde). — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Der Mustergatte“.

Vereinsnachrichten

Naturfreunde Prag. Sonntag, den 13. Jänner, 9 Uhr 30 Minuten Endstation der Häuser in Klubodsch; Führer: Genosse Winteritz.

Bezirksorganisation Prag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Frauensektion.

Montag, den 16. Jänner, um 20 Uhr im Hotel „Monopol“ (gegenüber dem Rajsky-Bahnhof)

Frauen- und Mädchenabend.
Genossin Marie Fuchs spricht über das Thema:
„Frauen und Mädchen zwischen 20 und 30 in der Arbeiterbewegung“.

Sport • Spiel • Körnerpfleue

Sport und Volkstil.

Das Europa-Fußballmeisterschaftsspiel der Arbeiterpartei Deutschland gegen Polen, das zu Weihnachten in Leipzig stattfand, gloubt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ nachstehend kommentieren zu müssen. Sie schreibt (wörtlich überetzt):

„Die zunehmende Entwicklung des Arbeitersports und die damit verbundenen schädliche Einwirkung des demokratischen Pazifismus darf das nationale Polen keinesfalls bagatelisieren. Wenn jemand Gelegenheit hatte, dem Treffen beider Nationalmannschaften oder, was richtiger erscheint, der Internationalen beizuwohnen, muß gefasst, daß der Einfluß des sozialistischen Sports stärker im Volk verankert ist, als man in offiziellen Kreisen annehmen geneigt ist. Unser Korrespondent berichtet, daß der Anblick des Aufmarsches beider Mannschaften sehr imponierend wirkte, wenn nicht gar einen überwältigenden Eindruck hinterließ. Die musterhafte Disziplin, die kräftige Organisation stellen alles, was ich bisher sah, tief in den Schatten. Die polnischen Arbeitersportler spielen eleganter als ihre deutschen Gegner, doch waren ihre Kombinationszüge von einem übertriebenen Drilling zur Aktionslosigkeit verurteilt. Die Nation jubelten. Die Begeisterung wuchs und artete, als die Kapelle die Arbeiterhymne intonierte, in spontane Freundschafthaft- und Gebungen aus.“

Ungeachtet dieser Tatsachen stimmt der Korrespondent der erwähnten Zeitung ein Klagegedicht an:

„Keinesfalls darf in Zukunft unsere Jugend dem Arbeitersport zugeführt werden. Wobliebt der patriotische Glanz der freien nationalen Polen ehren müßte? Der Pokal und darin ist auch der Arbeiter einbezogen, darf nicht seine nationale Würde zugunsten eines demagogischen Pazifismus veräußern! Der polnische Sportler gehört in den „Nationalen Wehrsportverband“.“

Der „Robotnik“ (Arbeiter), Organ der Sozialdemokraten in Polen, quittiert die Auffassungen der „Gazeta Warszawska“ treffend mit folgt:

„Und wenn die Chauvinisten ganze Bataillone Schützenregimenter, ja Divisionen gegen die internationalen sozialistisch-demokratischen Friedensbestrebungen mobilisieren, vermögen sie den kommunisten Sozialismus und die Solidarität aller Werktätigen keine Hemmnungen zu bewirken; der Friede ist ein grundlegendes Faktum für jeden Sozialisten!“

Die „Gazeta Warszawska“ jagt es vor, auf eine weitere Zeitungspolemik zu verzichten.

Die richtige Brille
Optiker Deutsch
Prag II., Pflkopy, Palais Koruna.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Cechoslovakischen Republik.
Hauptanstalt: Prag II., Bredauer-gasse 14.
Zweigabteilungen:
Ansig, Brunn, Kger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Teichow, Truttschan, Trojpan.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.
147

Der Film
Der zweite Bergner-Film.
Sein Titel ist „Der träumende Mund“; er weist darauf hin, wohin der Film will: in die Sphäre einer überkultivierten, degenerierten, verfeinerten Welt, deren Krankheit er sinnbildlich darstellt. Es ist diesmal keine Traumfabrik, die uns geboten wird; nicht eine der hunderttausende arbeitender Mädchen wird auch nur einen einzigen Moment glauben, daß diese kleine, überzarte Gaby ihr Schicksal, ihre Zukunft sein könnte. Dieser bewußten Lage der Massenproduktion an Operetten und sonstigen Schlägern geht der Film Paul Czinner's, wie auch schon früher, aus dem Wege: er bleibt beim Filmmatierpiel, das er schon in der „Ariane“ gezeigt hat, er ist von jenem Standpunkt aus gesehen, bürgerlich bis in die feinsten Details; aber ungefährlich, ist so zu werten, wie eine der zahllosen Tragödien des bürgerlichen Theaters, ist als Produkt der herrschenden Klasse zu erkennen und demgemäß zu werten.

„Der träumende Mund“ ist schließlich ein Meisterwerk filmischer Detailkunst; er schildert, wie schon in den klassischen Tragödien seit Emilia Galotti, ungeahnte Male die Tragödie einer Frau zwischen zwei Männern. Dieses älteste Problem des klassischen Dramas wird von Czinner, dem ständigen Regisseur und Satten der Bergner, mit einer intuitivierten Sorgfalt sondergleichen in Szene gesetzt. Er zeigt den Mann: Edithofer, voll Natur und Fröhlichkeit, ohne Vierstimmigkeit und Phrasen, einen neuen Musiker, der eben toll in seine kleine, begüterte Frau verliert ist; und dann ihn, den genialis Geiger, dem die Frau auf den ersten Blick unterliegt; ihn spielt Förster mit der gleichen Ruhe und Ueberlegenheit, mit einem feinen Hintergrund an Leidenschaft, der ihn immer auszeichnet, einem Hauch von Blasiertheit und seltener Kälte im Ausdruck. Und zwischen ihnen taumelt die Bergner, bewundernd und hinterziehend bis ins kleinste Detail, raffiniert photografiert, so daß ihre Züge fast immer weich erscheinen, kompliziert in Szene gestellt mit Bewegungen, über die ganze Regiearbeiten abgehalten worden zu sein scheinen. Die Kamera verläßt die beschäiden einarräumten Interieurs ebend so vollkommen wie die Konjunktur; sie verfolgt die Akteure und schwenkt immer wieder zurück, als ob sie sich davon überzeugen wollte, ob nicht verneht wurde; sie erforscht und zerlegt die Lage, zeigt komplizierteste Affekte und verrät soziale Konflikte in geschicklichen Symbolen. Und diese weiche Photographie umkleidet die Bergner mit einem weichen Hauch, der uns rührt und mit dieser Frau läßt, die ein so richtiges Symbol ist der schönen Frauen ohne Charakter, die angeblich unsere Zeit erfüllen. Die Atmosphäre ist vergiftet mit Luxus, mit Unnatur, nur die und da löst ein gedämpfter Schrei gegen die ewige Fessel der Ehe; aber dieser Schrei ist kraftlos, ist harmlos, geht am Problem vorbei; und weh nichts vom wahren Gesicht der Gesellschaft und ihrer Opfer zu finden.

Unsere Heldin geht diesmal, nicht so wie in „Ariane“, mit ihrem Liebsten durch; sie pflegt ihren Gatten, den sie schon betrogen, sie horrt beim Peterle aus und wie ein kleines, verdoberndes Kind träumt sie von Befreiung und Verastung ihres Mannes; in diesem Moment trägt sie ihn im Traumbild, ihn, den schon vergifteten, wie lange die Gattin noch bei ihm sitzen muß und er antwortet: dreißig, zwanzig, vierzig Jahre! Darin liegt ein Programm, an dem der Film vorbeigeht: er will ein Kammerpiel sein, eine individuelle Tragödie, die uns nahe oder fern steht. Das erscheint uns verflös erfüllt.

Technisch steht er trotzdem über allem, was seit langem die Kinos gefüllt hat; bis ins kleinste Detail ist jede Szene durchdacht, kleine Sprechereinstellungen und Banalitäten fallen dem kontinuierlichen Bildschreiber zur Last. Die Bergner gewinnt auf den ganzen Linie; wie immer kann sie von Natürlichkeit überzeugen, aber ihr Spiel verliert einen Menschen-besenen Sentiments und verständlich werden, dessen Gefühl und ergreift. Sie hat nicht die Kraft einer Garbo, nicht den Uebermut einer Deily Knoss; aber ihr Spiel ist das formvollendete des Tonfilms überhaupt. Tschöfer überlebt seine Fenererrolle mit viel Gefühl, kein Gatte ist ein echter, anfechtbarer Mensch. Förster ist wie immer über der Situation. Ein Film wird uns gezeigt, wie ihn die Produktion nicht oft zustande bringt.

Die Unzufriedene
Das Wochenblatt der Frau
kostet nur 60 Heller
Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Nekazanka 18.